REVOLUTION und Ausbildung

Auch im Jahr 2006 fehlen wieder 50.000 Ausbildungsplätze. Seit Ende der 90ziger bilden die Unternehmen und die staatlichen Institutionen immer weniger aus – mehr als 300.000 „Jugendliche“(bis 25) warten auf eine Ausbildungsmöglichkeit. Unter der Schröder Regierung wurde der „Pakt für Ausbildung“ mit Vertretern der Wirtschaft geschlossen, dieser kam anstelle einer „Ausbildungsplatzabgabe“, die die SPD Fraktion unter Müntefering vorgeschlagen hatte. Diese Abgabe sah vor, das Unternehmen die nicht die Ausbildungsquote ihres Tarifvertrages erfüllten – Zahlungen an den Bund leisten sollten. Damit sollten Weiter –und Ausbildungsmaßnahmen der Länder und des Bundes finanziert werden.

Anstelle dieses Gesetz zu verabschieden machten Schröder und der damalige Wirtschafts –und Arbeitsminister Clement lieber ein Bündnis mit den Unternehmen und einige Pressekonferenzen auf denen alle Beteiligten warme Worte für die Jugend übrig hatten. An der Realität der Jugend in Deutschland hat dies jedoch nichts verändert – im Gegenteil die schulische und berufliche Situation verschärft sich jedes Jahr.

Genau wie ihre älteren KollegInnen müssen auch die Azubis in den Betrieben für weniger Geld arbeiten, haben weniger Arbeitsrechte und immer längere Probezeiten. In vielen Betrieben wurden die Vergütungen für die Azubis stark gekürzt, oft wurde dies direkt mit der Erpressung um Beendigung der Ausbildung verbunden – wenn die Azubis die Kürzung nicht akzeptieren müssten die Stellen gestrichen werden und die Jugendlichen könnten so die Ausbildung nicht beenden.

Die Wunschvorstellung der Wirtschaft ist klar: Wie G. Braun vom DIHK erklärte, sollten 280€ im Monat reichen, ein Azubi sollte bei seinen Eltern wohnen und die Betriebsführung allein über Probezeiten und Arbeitsgebiete entscheiden. Besonders bei den Praktika bei Mittelstand und Großindustrie werden diese Vorstellungen der Wirtschaft zur Ausbildung schon umgesetzt. Viele Jugendliche versuchen über die Praktika an feste Stellen oder Ausbildungsplätze ranzukommen, für diese Möglichkeit verzichten sie auf

Gehalt und Arbeitsrechte. Viele bekommen für ein halbes Jahr keinen Lohn und werden von verschiedenen Abteilungen „flexibel“ eingesetzt – d.h. flexible Ausbeutung vom Kaffee kochen bis zur hochspezialisierter Arbeit anstelle von Festangestellten.

Dieses System greift auch bei der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. Für unter 25 jährige gelten verschärfte Strafen und geringere Bezüge – gleichzeitig fungiert die Agentur mit anderen kommunalen und privaten Institutionen als direkter Vorgesetzter des Arbeitslosen.

Nach den Entscheidungen von verschiedenen Sachbearbeitern werden die Jugendlichen von Maßnahme zu Maßnahme geschoben, den privaten Firmen werden „Umsonst-Arbeitskräfte“ zugeteilt und die privaten Vermittler bekommen eine Pauschale von bis zu 500€ von der Agentur, der Arbeitslose sieht von diesem Geld fast gar nichts. Seit der letzten Verschärfung dürfen die Arbeitslosen auch nicht mehr selbst über ihren Auszug von den Eltern entscheiden, nur „schlimme soziale Verhältnisse“ rechtfertigen die eigene Haushaltsführung.

Für die weiter bei den Eltern lebenden wurden die Bezüge weiter gekürzt – dem jugendlichen Arbeitslosen werden sämtliche Rechte beschnitten, ist er/sie dann älter als 30 wird auch keine weitere Qualifizierung oder Ausbildung von der Agentur bezahlt.

Diese „Qualifizierungsmaßnahmen“ wurden in den letzten 10 Jahren drastisch gekürzt. Gab es 1996 noch mehr als 750.000 ABM Stellen, dort hatten alle Arbeitslosen zumindest die Möglichkeit auf eine weitere Ausbildung – sind heute weniger als 130.000 in solchen Maßnahmen. Gerade für die Jugend sind die Möglichkeiten auf Weiterbildung entscheidend für die weitere berufliche Zukunft, wenn heute die bürgerliche Gesellschaft diese Möglichkeiten abschafft hat das ökonomische Gründe. Zum einen wird vom Staat verlangt das die Sozialausgaben gekürzt werden, weniger Ausbildungsplätze und weniger Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitslosen sind die Folge.

Zum anderen befindet sich die Wirtschaft in einer verschärften globalen

Konkurrenz, diese „neoliberale Globalisierung“ führt zu einem weltweiten Druck auf die Lohnkosten. Fusionen und Konzentrationen in vielen Sektoren der Wirtschaft führen zu dem Abbau von Arbeitsplätzen, ganze Standorte und Industrien werden verlagert. Die transnationalen Konzerne (TNK) können ganze Volkswirtschaften nach ihren Interessen neu ordnen, gerade die Verhältnisse in der „3.Welt“ zeigen diesen globalen Wettlauf der Wirtschaft.

Auch die Beschäftigten stehen daher in einer globalen Konkurrenz zueinander, alle Lohn –und Sozialkosten der Standorte werden vom Kapital verglichen, dort wo mehr Profit erwartet wird, wird auch investiert – die anderen Standorte gehen leer aus.

Durch diese globale Konkurrenz und die gestiegene Produktivität der kapitalistischen Wirtschaft werden immer weniger Beschäftigte benötigt, in vielen Sektoren gibt es Überkapazitäten – schon heute müsste und könnte die Arbeit gerechter verteilt werden, stattdessen erleben wir überall Mehrarbeit für weniger Lohn.

Recht auf Ausbildung!

Als antikapitalistische Organisation glaubt REVOLUTION nicht an die Versprechungen bürgerlicher Politiker und schon gar nicht den Phrasen des Kapitals. Die Realität zeigt, das die Jugend unter verschärften Angriffen zu leiden hat.

In allen Ländern Europas werden die Arbeitsrechte der Jugend angegriffen, das Ersteinstellungsgesetz CPE in Frankreich ist beispielhaft für diese Politik. Jugendliche sollen als flexible Arbeitskräfte für Staat und Kapital zur Verfügung stehen, mit wenig Lohn und noch weniger Rechten.

Die Unternehmen können nach dieser Selektion sich die neuen Beschäftigten aussuchen, mit denen sie dann die Löhne der vorher Beschäftigten drücken und vorherige Arbeitsrechte einschränken können.

Für die Rechte der Jugend müssen wir diese Entwicklung stoppen – nur eine revolutionäre Umwälzung kann dieses System von Staat und Kapital beenden!

Als REVOLUTION wollen wir als internationalistische Jugendorganisation den Kampf aufnehmen, die verschiedenen Kämpfe der Jugend bündeln um eine neue Jugendinternationale aufbauen!

Wir wollen mit Dir zum nächsten G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm mobilisieren, dort können wir den globalen Angriffen der Jugend direkt unseren Protest entgegen stellen.

Wir fordern:

– Recht auf Ausbildung! – Jeder Jugendliche soll das Recht auf eine selbstgewählte Ausbildung erhalten!

– Keine Kürzungen des Azubi-Lohns! – das Geld für die Ausbildung muss auch zum eigenen Leben reichen!

– Keine Probezeiten oder flexible Praktika! – jede Ausbildung muss eine berufliche Qualifizierung zum Ziel haben!

– Ausbildungsabgabe für unwillige Unternehmen – wer nicht ausbildet muss zahlen!

!!!One Solution Revolution!!!

REVOLUTION und Imperialismus

Die Jugend war immer Vorreiter im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Durch diese Proteste entstand die Jugendinternationale (JI) 1916, als Abspaltung von der sozialdemokratischen und kriegsführenden 2. Internationale. Gemeinsam und auf Grundlage des revolutionären Programm der Bolschewiki baute die Jugend kommunistische Parteien in Europa auf,

ihre klare Ablehnung des „Sozialpatriotismus“ der 2. Internationale war die Grundlage dieser Massenbewegung.

Auch heute ist die Jugend aktiv gegen den Krieg, die Proteste gegen den Irakkrieg waren ein lebendiges Zeichen der Ablehnung jeglicher imperialistischer Kriege. In allen Erdteilen war die Jugend gegen den Angriffskrieg der USA auf den Straßen, ihr Protest ist international.

Die imperialistische Epoche

Imperialismus bezeichnet eine Epoche der kapitalistischen Gesellschaft. Die Zentren der kapitalistischen Welt (USA, EU, Japan) müssen ihre Überproduktion mit Extraprofiten weltweit verkaufen, profitversprechende Investitionen im „Ausland“ tätigen – dafür müssen weltweit die Märkte geöffnet, die Lohnkosten gesenkt und missliebige Staaten mit Krieg überzogen werden – dies sind die Grundzüge der imperialistischen Epoche. Die kapitalistische Wirtschaft steht in einer verschärften Konkurrenz zueinander, diese Konkurrenz um Profite überträgt sich in alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche, sei es die Konkurrenz um den Arbeitsplatz oder die Konkurrenz um Rohstoffe und Investitionen.

Schon einmal, zwischen 1914 bis 1945 zeigte der Imperialismus das wahre Gesicht der bürgerlichen Gesellschaft. Auch damals kam es zu einer Zuspitzung der innerkapitalistischen Widersprüche – der Konkurrenz untereinander, dies führte zu zwei Weltkriegen mit mehr als 60 Millionen Toten.

Seinen Ausdruck findet der Imperialismus im Militarismus. Die Aufstellung stehender Armeen, Aufrüstung, die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen – all das ist Ergebnis der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Die militärische Überlegenheit der imperialistischen Staaten, speziell der USA ist erdrückend – weltweit werden mehr als 800 Milliarden € für Militär ausgeben. Auch sind es diese Staaten, die ihren Besitz von Massenvernichtungswaffen mit Hinweis auf die eigene „Demokratie“ legitimieren, anderen Staaten dieses Recht aber verwehren. So

ist es bis heute auch die „älteste Demokratie“ der Welt die USA, die Atomwaffen eingesetzt hat.

Die EU hat sich die USA zum Vorbild gesetzt. Neben schnell einsetzbaren europäischen Interventionstruppen wird auch ein militärisch-industrieller Komplex aufgebaut – ähnlich dem 400 Milliarden $ verschlingenden amerikanischen Vorbild. Gemeinsam Projekte wie „Eurofighter“ und der Transporter „A-380M“ oder auch neue U-Boote, Fregatten und Panzergattungen werden die nächsten Jahre fertig gestellt. Gleichzeitig definiert sich die Bundeswehr, als „Armee im Einsatz“ – im neu geplanten „Weißbuch“ der Bundeswehr werden die neuen veränderten Einsätze konkret beschrieben, von „Sicherung der Seewege für das Exportland Deutschland“ bis zum „Zugang zu Rohstoffen“ – das ist Imperialismus. Anstelle von Krieg (wird nicht mit einem Wort im Weißbuch erwähnt), werden „präventive Maßnahmen zur Konflikteindämmung und Lösung“ im Rahmen von NATO und/oder UN, EU Missionen als Einsatzgebiet beschrieben.

Der „Krieg gegen den Terrorismus“

Seit den Anschlägen vom 11.9. 2001 betreibt die USA eine Politik der „Präventivkriege“. Die Bush-Regierung zeichnet das Bild eines „Angriffs“ auf die USA, das Recht auf „Selbstverteidigung“ im Völkerrecht, wird so umgedreht zur Legitimation des imperialistischen Angriffs. Seitdem werden zwei Staaten der islamischen Welt durch die USA und ihre NATO-Helfer besetzt. Dies dient in erster Linie den strategischen Interessen der USA, sie sind abhängig von den Ölressourcen des Mittlerem Ostens. In zweiter „Instanz“ unterstützen auch die EU und Japan den amerikanischen Angriffskrieg, auch sie haben ein Interesse am ungehinderten Zugang zu den Ressourcen der islamischen Welt.

Wurde der Afghanistankrieg mit der Anwesenheit von Terroristen und der Irakkrieg mit vermuteten Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt, werden nun im Iran beide Argumentationen zusammen geführt. Dem Iran wird die Unterstützung der Hisbollah im Libanon als Kooperation mit dem Terrorismus unterstellt und der Bau ziviler Atomanlagen als Aufbau

militärischer Kapazitäten gewertet – die USA bereiten den nächsten Angriffskrieg vor.

Der von Israel begonnene Libanonkrieg ist ein Beispiel dieser Kriegsführung. Mit gezielten Tötungen und der Zerstörung ziviler Infrastruktur wurde der Krieg gegen die Hisbollah, als „Krieg gegen den Terror“ legitimiert – mehr als einen Monat konnte Israel ungestört Krieg führen. Israel agiert als Verbündeter des amerikanischen Imperialismus, ökonomisch und militärisch ist Israel auf die Unterstützung der USA angewiesen.

Im Nahostkonflikt besetzt Israel seit 1967 die Westbank, aktuell sind sogar mehrere Regierungsmitglieder und Abgeordnete des palästinensischen Parlaments in israelischen Gefängnissen – für die Leiden des palästinensischen Volkes sind Israel und die imperialistischen Verbündeten aus USA und EU verantwortlich.

Neuordnung der Welt

Im „Cheney-Report“ vom gleichnamigen amerikanischen Vizepräsidenten aus dem Jahr 2000 werden die amerikanischen Ziele für das nächste Jahrhundert klar formuliert. Um die Vorherrschaft auch die nächsten 100 Jahre zu sichern, muss die USA Kontrolle über die rohstoffreichen Regionen der Welt ausüben, sei es der Nahe -und Mittlere Osten oder die Westküste Afrikas und Lateinamerika – hier soll die US-Herrschaft sicher gestellt werden.

Hierfür sind alle Mittel recht, von versuchten Putschversuch in Venezuela 2003 bis zur „präventiven Kriegsführung“ gegen Afghanistan und Irak.

Der US-Imperialismus ist zu dieser Politik gezwungen, die ökonomischen Zwänge eines enormen Haushaltsdefizit und Rüstungsetats zwingen jede US-Regierung zu dieser Politik. Nur wenn die Energiebranche der USA weiterhin den globalen Energiemarkt beherrscht und mit Hilfe des Militärs unliebige Regime wegräumt, bleibt der US-Staat ein verlässlicher Schuldner.

EU-Imperialismus

Imperialismus basiert auf der Konkurrenz der imperialistischen Staaten. Die EU entwickelt sich als „Global Player“, das heißt nichts anderes als europäischer Imperialismus. Die Kongo-Mission ist ein erstes Zeichen einer eigenständigen europäischen Militärpolitik. Neben dem Aufbau eines militärisch-industriellen Komplexes gehört dazu auch die Definition der Einsatzgebiete. Ähnlich dem Weißbuch der Bundeswehr wird auch die europäische Militärpolitik von internationalen Zielen bestimmt. Dazu gehört die Sicherheit des Mittelmeerraums, der angrenzenden Regionen und die Gewährleistung eines freien Handels mit allen Erdteilen, ebenso wie der Zugang zu Ressourcen. Gerade der Kongo war daher auch das erste Ziel, hier befinden sich große Kupfer und Thanalit Vorkommen, viele Erze aus Zentralafrika finden ihren Weg in die europäische Industrie. Bislang äußerte sich der europäische Einfluss in französischer und belgischer privater Finanzierung für Söldnertruppen in den angrenzenden Staaten Ruanda und Uganda, darüber wurde besonders der rohstoffreiche Osten des Kongos kontrolliert. Der andauernde Bürgerkrieg war aber eine Gefahr der „Versorgungssicherheit“ für die EU, daher wird nun der Sohn des ehemaligen Präsidenten Kabila, Joseph Kabila zum neuen Präsidenten mit europäischer Unterstützung gewählt, dieser soll stabile Ausbeutungsbedingungen gewährleisten.

Die EU will sich Einfluss und Kontrolle über Afrika sichern, so könnten sie der USA einen Schritt voraus sein.

Gleichzeitig erhoffen sich die Innenminister der EU, die „Illegale“ Migration aus Afrika nach Europa (Spanien und Italien) zu stoppen, mit gefälligen Regimes könnten in West –und Nordafrika „Auffanglager“ errichtet werden, diese Idee des ehemaligen Bundesinnenminister Schily hat in der EU viele Anhänger gefunden.

Die Lager in Australien zeigen, welche menschenverachtende Bedingungen in diesen Lagern herrschen – bis zur Abschiebung werden sie eingepfercht, bekommen schlechte medizinische Versorgung und schlechtes Essen, dies kennen wir auch von dem Auffanglager für Asylbewerber in Oldenburg – dort traten die Asylsuchenden in einen Hungerstreik.

Der amerikanische Imperialismus und der beginnende europäische Imperialismus wollen die Welt für die Verwertungsmöglichkeiten ihrer Großkonzerne neu ordnen, über den Kauf ganzer Industrien und Volkswirtschaften bis zu direkten Militärinterventionen.

Die globalen Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank betreiben die imperialistische Politik, diese sind inzwischen Kontrollorgane der kapitalistischen Wirtschaft – Marktzugang, Investitionen und Ausbeutung von Mensch & Natur werden über diese Institutionen geregelt.

Die „Globalisierung" bedeutet daher nichts anderes, als eine Verschärfung der imperialistischen Epoche.

Antiimperialismus

Als kommunistische internationalistische Jugendorganisation kämpft REVOLUTION für eine neue Jugendinternationale, die dem Imperialismus global begegnen kann. Gemeinsam mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten der kapitalistischen Herrschaft wollen wir eine neue kommunistische Internationale.

Dabei verteidigen wir den antiimperialistischen Widerstand weltweit. Wir verteidigen den Kampf gegen die Besatzungstruppen und Kollaborateure im Irak und Afghanistan. Dieser Widerstand legitimiert sich aus dem Angriffskrieg und der Besatzung durch die USA mit den europäischen Verbündeten. Dieser imperialistische
Angriff dient allein der Kontrolle der Ressourcen und der Errichtung eines Marionettenregimes in beiden Ländern.

Wir stehen in keiner politischen Solidarität mit dem Widerstand. Reaktionäre Kleriker sind genau wie die Bourgeoisie Feinde der Arbeiterklasse und der Jugend. Wir stehen entschlossen mit den fortschrittlichen arabischen Bewegungen gegen die reaktionäre islamistische Ideologie.

Wir verteidigen das Recht auf Selbstverteidigung der besetzten Völker, wir verteidigen ihr Recht sich in Europa politisch zu betätigen – wir kämpfen

gegen die Diskriminierung der islamischen Gemeinde Europas.

Unser Verständnis von Antiimperialismus heißt entschieden die angegriffenen Völker gegen den imperialistischen Angriff zu verteidigen. Dieser Angriff dient niemals der geheuchelten „Freiheit und Demokratie“, sondern ausschließlich den Interessen des angreifenden Kapitals.

Diesem globalen imperialistischen Angriff auf die Unterdrückten der Welt können wir nur global antworten. Antiimperialismus heißt daher auch Internationalismus der revolutionären Bewegung, kein Staat wird die globale kapitalistische Herrschaft bezwingen können – nur eine neue, die 5. Internationale kann den Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen Imperialismus und Kapitalismus führen.

„Wenn wir den Stand gewählt, in dem wir am meisten für die Menschheit wirken können, dann können uns Lasten nicht niederbeugen, weil sie nur Opfer für alle sind; dann genießen wir keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört Millionen, unsere Taten leben still, aber ewig wirkend fort, und unsere Asche wird benetzt von der glühenden Träne edler Menschen.“

[Marx: Betrachtungen eines Jünglings bei der Wahl seines Berufes, S. 9. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels, S. 13650 (vgl. MEW Bd. 40, S. 594)]

MigrantInnenproteste in den USA

ImmigrantInnen-Proteste in den USA!

„We are immigrant workers not criminals!“

In den letzten Wochen kam es zu großen Demonstrationen in den USA. 10.000 ImmigrantInnen demonstrierten in New York, 100.000 in Chicago, in Dallas 500.000 und in L.A. kam es schon nahe zur Millionen Grenze. Weiters in Miami und San Diego. In der ersten Aprilwoche streikten in Dallas zehntausende SchülerInnen eine ganze Woche lang. Größtenteils gingen Demonstranten mit latein-amerikanischer Herkunft auf die Straße.
Grund dieser Proteste, ist das neue verschärfte Einwanderungs-Gesetz H.R. 4437 („Border Protection, Antiterrorism and illegal Immigration Control Act of 2005“)

Das bedeutet, dass jeder illegaler Einwanderer auf der Stelle abgeschoben werden kann. Jede/r illegale/r ImmigrantIn gilt gleich als Straftäter. „Wir sind keine Kriminelle, wir sind Menschen!“ riefen die Demonstranten bei den Protesten. Arbeitgeber, die illegale Einwanderer ohne Papiere beschäftigen, sollen hohe Geldstrafen zahlen. Weiters überlegt Präsident George W. Bush und seine republikanische Partei, den Ausbau des Grenzzauns zwischen den USA und Mexiko weiter auszubauen. Transparente wie „We are America“, „My immigrant son died in Iraq“ oder auch Sprüche wie „I cleaned up ground zero“, „I´m a dishwasher! Not a criminal!“ sollen die Regierung daran erinnern, dass diese ImmigrantInnen, gegen die sie jetzt vorgehen, nicht nur billige Arbeitskräfte für die Herrschenden sind, die nach Lust und Laune abgeschoben werden können, sondern Teil der Bevölkerung.

Diese Proteste sind ein wichtiger Schritt für ImmigrantInnen. Sie stärken ihr Selbstbewusstsein und geben ihnen die wichtige Möglichkeit, Erfahrung im Klassenkampf zu sammeln. Diese Proteste sind die größten seit 1886. Die ImmigrantInnen lassen sich nicht mehr herumschubsen und wehren sich

gegen das rassistische Vorgehen der US-Bourgeoisie (Kapitalistenklasse). Was sie wollen, ist ein „faires, humanes und nicht rassistisches“ Einwanderungs- Gesetz, so die Kundgebungsteilnehmer.

Es ist wichtig für sie zu zeigen, dass sie alles andere als ein schwacher Teil der Bevölkerung sind, sondern Menschen, wie jeder andere auch und Menschen mit Fäusten, die symbolisch auch mal zurückschlagen können, wenn es sein muss.

Die Demonstranten protestieren nicht gezielt gegen den Kriegstreiber George W. Bush, sondern allgemein gegen die Republikaner. Doch findet man dieses Problem nicht nur bei den Republikanern, oder ausschließlich in Amerika. Nein. In Amerika regiert der Kapitalismus. Überall wo das kapitalistische System an der Macht ist, trifft man auf Rassismus. Denn genauso wie der Rassismus existiert auch der Kapitalismus weltweit.

Rassismus fällt im Kapitalismus auf fruchtbaren Boden, auf dem er gedeihen und wachsen kann. Rassismus kommt dem kapitalistischen System ganz recht. Er spaltet die ArbeiterInnenklasse und die Jugend und schwächt somit die Solidarität unter den Menschen. Diese Solidarität ist allerdings notwendig um den Kapitalismus zu zerschlagen und dem Teufelskreis ein Ende zu bereiten.

Rassismus ist auch bei uns hier in Deutschland zu finden. Das Volksbegehren von CDU-Landesvorsitzenden Roland Koch zur Abschaffung der Doppelstaatsbürgerschaft, die Debatte um „Jugendkriminalität“ und „Ausländerintegration“ ist ein Beispiel von vielen. Mit seiner rassistischen Hetze gegenüber ImmigrantInnen versuchte er einen tiefen Keil in die ArbeiterInnenklasse zu treiben.

Genauso ein neues Gesetz, das besagt, dass ImmigrantInnen, die die Staatsbürgerschaft beantragen wollen, einen Fragebogen ausfüllen müssen. Dort werden absurde Fragen gestellt, wie: „Wie viele Mitglieder hat der Bundesrat?“, „Wieviele Mitglieder hat das Kabinett?“ oder „Wer ist der Minister für welches Ressort?“. Die Wenigsten kennen die Antworten!.

Wir von REVOLUTION haben mehrere Aktionen und eine zentrale

Demonstration gegen dieses rassistische Volksbegehren organisiert, an denen hunderte AntirassistInnen teilnahmen.

Man muss die Proteste in den USA unterstützen! Ob nun Rassismus oder Krieg, beides sind Resultate des kapitalistischen Systems, die bekämpft werden müssen! Deshalb muss man alle vereinzelten Proteste vereinen und zu einem gewaltigen Kampf und schlussendlich für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus zusammenführen.

Vereint, gestärkt und in Solidarität:
PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

// aus www.revolution-austria.at, modifiziert

Kampf der CNH-Führung! Kampf der Schließung!

Kampf dem CNH-Managment! Kampf der CNH-Schließung!

CNH ist kein Einzelbeispiel. Bei BSH, Samsung, Alcatel, JVC, AEG Nürmberg, Siemens Stuttgard oder Infineon München wurde auch gekämpft, um den Angriff auf Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeit oder wie im Bsp. CNH und BSH auf die Existenz ganzer Werke abzuwehren.

Sogar nach weiten Niederlagen (wie z.B der Oststreik) sind die Arbeiter nicht demoralisiert genug alles über sich ergehen zu lassen. Diese sich freisetzende Kampfkraft soll jedoch nicht für hohe Abfindungen oder irgedwelche „Sozialpläne“ -wie von der Gewerkschaftsführung gefordert-

missbraucht werden, sondern für den Erhalt der Standorte.
Die Folgen für das fatale Managment der Unternehmer sollen nicht die Produzenten tragen, sondern die Eigentümer. Deshalb Enteignung und Weiterführung unter Arbeiterkontrolle!
Derzeitig wird im öffentlichen Dienst gestreikt und auf Länder- und Bundesebene über einen Tarifvertrag verhandelt. Anlass ist die Arbeitszeitverlängerung= Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Sektor wie z.B. in der Charite oder beim Müllentsorger oder die anstehende Privatisierung der BVG.

Schnell entwickelte sich aus den Teilkämpfen ein Flächenbrand. Aber was macht die Gewerkschaftsführung? Anstatt die Teilkämpfe von Verdie und IGM zu einem Generalstreik zu vereinigen und diesen politisch Generalangriff – wie in Frankreich- zusammen mit Studenten und den sozialen Bewegungen politisch zu beantworten, klüngeln Leute wie Bsirske und Co. irgendwelche „Kompromisse“ an und erklären, dass die Streikziele „im beachtlichen Maße“ erreicht worden seien. Dieser „Erfolg“ der Forderung nach der 35 Stundenwoche wurde also mit 38,5h für Praktikanten, Azubis, Schüler und Studenten und mit 39h für die restlichen ArbeiterINNEN abgeschlossen. Nur gut dass man die Forderung der Arbeitgeber nach einer 40hwoche „erfolgreich“ abwehren konnte.

Nur Schade dass durch die „Meistbegünstigungsklausel“ die Kommunen längere Arbeitszeiten übernehmen dürfen, fals die Länder diese einführen. Somit werden kampfstarke Betreibe in die „Friedenspflicht“ geschickt wenn andere noch kämpfen. Diese können dann nur schlechtere Ergebnisse erzielen, die dann wiederum alle betreffen.
Das ist eine Niederlage, da der Zug weiter in Richtung Arbeitsplatzvernichtung geht.
Hier handelt es sich um den längsten Streik der BRD-Geschichte. Und wie wurde er „erfolgreich“ beendet?! Mit einem Kompromiss!

Dieses Verhalten ermutigt die Unternehmer zu neuen Angriffen auf Arbeitsbedingungen und Löhne. Weitere Privatisierungen drohen, die zur Zerschlagung öffentlicher Versorgung führen, zu schlechteren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und zu einer drastisch

verschlechterten und verteuerten Versorgung der Bevölkerung.

Dieser Generalangriff kann nicht erfolgreich abgewehrt werden, oder schon gar nicht in die Offensive führen, solange nicht die Ursache für diese ständigen Agriffe erkannt und benannt wird. Die gemäßigte Linke geht immer von Unfähigkeit beim Managment (was durch aus auch sein kann) aber vor allem von der Gier nach persönlicher Bereicherung auf Kosten der Arbeitenden aus. Die Gier nach Profit ist jedoch keine subjektive Motivation irgendwelcher individuellen Kapitalisten, sondern objektive Notwendigkeit. Die Aneignung,Verwertung und Konzentration von Kapital ist Voraussetzung für die „Konkurrenzfähigkeit" im nationalen und internationalen Maßstab. Unternehmer, die höhere Löhne zulassen würden, würden verdrängt werden. Es ist einfach unzutreffend wenn Systemtreue behaupten „es ist genug für alle dar", man müsse nur „Umverteilen" oder es gäbe einen „sozialpartnerschaftlichen" Ausgleich zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse. Dieser Generalangriff wird deshalb lanciert, weil es in Zeiten wo Märkte durchkapitalisiert sind, Kampf um Märkte militärisch ausgetragen werden und weite Teile der Produktion und Reproduktion der Marktanarchie unterworfen werden, Überakkumulation, Liberalisierung und Monopolbildung dominieren, keinen Platz für soziale Zugeständnisse – wie in der Nachkriegszeit- gibt und deshalb der Arbeiterklasse eine strategische Niederlage verpasst werden muss- ähnlich wie England in den 70ern- ,um ungehindert ausbeuten zu können und letztendlich das System zu stützen. Es ist ein internationaler und politischer Angriff auf die Beherrschten, der durch internationalen und politischen Abwehrkampf beantwortet werden muss. In Zeiten wo der Klassenkampf von oben an tötlicher Schärfe gewonnen hat predigt die sozialdemokratische Gewerkschaftführung immer noch vom Klassenkompromiss. Sie verfolgen immernoch die Taktik das Problem im Rahmen des Systems und das umfasst nur rein-ökonomistischen Kampf zu lösen. Sich jedoch auf die Logik der Herrschenden einzulassen heißt für die Beherrschten immer den kürzeren zu ziehen. Und das ist genau die Politik der Sozialdemokratie von SPD, PDS, WASG- oder Gewerkschaftsführung.

Deshalb bildet Streikkomitees!

die von der Basis gewählt und jederzeit abwählbar sind. Sie müssen Interessensorgane der Basis, der ArbeiterInnen sein. Organe zur Innitierung und Durchführung des Kampfes um Arbeitsplatz und Arbeiterkontrolle sein. Sie müssen Ausgangspunkt einer Vernetzung mit anderen Standorten sein. Der Aufbau von berlinweiter, bundesweiter und internationaler Koordinierungen ist die einzige Möglichkeit einen starken und gemeinsamen Widerstands aller Lohnabhängigen zu erreichen.

Deshalb bildet Solikomitees!

um den Widerstand der ArbeiterInnen zu unterstützen. Die vereinzelten Bewegungsansätze sind ein leichtes Ziel von Spaltversuchen von Staat und Medien, SPD Gewerkschaftsführung, von Utopisten und Pazifisten.
Wir müssen den Kampf der ArbeiterInnen, der sozialen Bewegung, der Jugend und der MigranInnen zusammenführen, Koordinierungsorgane und Stadteilkomiees aufbauen.
Wir müssen den Kampf für Teilziele mit dem Kampf um gesellschaftliche Macht verbindet. Nur die Zerschlagung des Kapitalismus und ihrer politischen Organe wie Staat und Polizei, kann den Schritt Richtung echter Demokratie und soziale Gerechtigkeit bringen.

Deshalb formiert eine revolutionäre Massenpartei!

weil nur die Aktion auf Grundlage eines politischen Programms zum Ende führen kann. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen, Diskutieren und Entschlossen handeln. Freie Debatten und Verbindlichkeit in der Aktion sind notwendig.
Kämpft in der WASG für eine klassenkämpferische Ausrichtung und Organisiert die Basis. Unterstützt die Gruppe Arbeitermacht im Kampf für eine demokratische und revolutionäre Partei.

Deshalb unterstützt die Organisierung der Jugend!

Die Jugend ist am meisten von Arbeitsplatzabbau, Bildungsnotstand, sozialer Verwahrlosung betroffen. Eine unabhängige Interessensorganisation ist notwendig. Des Weiteren müssen wir den Kampf für die Rechte und Selbstbestimmung der Jugend mit dem Kampf für einen allgemeinen Kampf und Solidarität mit der Arbeiterbewegung verbinden. Unterstütz die Bildung einer unabhängigen sozialistischen Jugendorganisation. Unterstütz REVOLUTION.

Statement der REVOLUTION-Konferenz Deutschland -Jan 2006

Politische Erklärung der REVOLUTION-Konferenz

Woher wir kommen:

Als REVOLUTION-Deutschland haben wir mit dem Jahr 2006 ein sehr ereignisreiches und politisch lehrreiches Jahr hinter uns gebracht. 2006 verließ uns eine internationale Minderheit unter dem Namen „iREVOLUTION“, die in der deutschen REVO-Sektion in der Mehrheit war.

Diese „Tendenz“ trennten sich von den internationalen demokratischen

Strukturen von Revolution, befanden den Ausgang der Delegiertenwahlen der Basis für illigitim und missachteten deren Beschlüsse in der internationalen REVOLUTION Delegiertenkonferenz 2006 in Prag. In der Märzkonferenz wurde dieser Weg sichtbar, eine offen feindliche Haltung gegenüber Genossen der österreichischen Sektion trat zu Tage und wiederum wurden die Beschlüsse der eigenen wie der internationalen Strukturen zum Aufbau der Organisation nicht beachtet.

Voraus gegangen waren die Austritte vieler damaliger Genossen aus der Gruppe Arbeitermacht (GAM), die auf die aktivistische und zentralistische Ausrichtung von REVOLUTOION hinwies und von ihren Mitglieder in REVOLUTION die Verantwortung gegenüber REVOLUTION-Beschlüssen, dem REVOLUTION-Programm verlangte, was mit individueller Handwerklerei unvereinbar war.

Mit dem Austritt setzte auch eine politische Entfremdung ein – die führenden Mitglieder der heutigen Abspaltung begannen unter dem Banner der „Unabhängigkeit“ einen Kampf gegen die Grundprinzipien einer jungen unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation.

Ihre Ablehnung des demokratischen Zentralismus (`nur zu bestimmten Zeitpunkten verwendbar´) und ihre praktische Ablehnung jeder internationalistischen Arbeitsweise, zeigen die Entfremdung und Degenerierung dieser Tendenz auf. Diese Schritte wurden bis heute mit einer unpolitischen entstellenden Hetze gegen die GAM und die L5I (Liga für die 5. Internationale) begleitet. Anstelle mit der damaligen Minderheit und den internationalen Strukturen die politische Diskussionen um den Aufbau und die weitere Arbeit zu führen, kämpfte iRevo Schattengefechte gegen „alte Männer“ im Internationalen Sekretariat der L5I, gegen „Geheimfraktionen“ und rückte die Arbeitsweise Partnerorganisation in das Reich der Mythen und Legenden.

Binnen weniger Monate war es innerhalb der deutschen Sektion soweit gekommen, dass die Mitgliedschaft in der GAM als Ausschlussgrund für zwei Mitglieder von REVOLUTION-Deutschland herhielt, denen man die „Zerstörung der inneren Strukturen“ vorwarf, weil sie eine bundesweite

Konferenz zur Klärung der politischen Diffenzen und Delegiertenwahlen zur internationale Konferenz forderten.

Nachdem die Delegierten von REVOLUTION-Deutschland die internationale Konferenz verlassen hatten und sich auf dem Revocamp als „unabhängige Tendenz“ ausriefen war, der Bruch mit den politischen Prinzipien einer revolutionären Organisation und dem Programm von REVOLUTION offensichtlich geworden. Auch das Angebot des ‚Revolution International Council‘ (RIC), der aus allen Sektionen gewählten Leitung – sich als Tendenz innerhalb von REVOLUTION zu bewegen, die Tendenz nach ihrer Mitgliederstärke in der Leitung zu beteildigen und gemeinsame Strukturen und Praxis aufrechtzuerhalten– wurde von iRevo aus Gründen der „Unabhängikeit“ (von REVOLUTION) abgelehnt. Auch hier zeigte sich das Unverständnis der ehemaligen Minderheit. Natürlich kann eine politische Tendenz innerhalb von REVOLUTION wie auch innerhalb der GAM oder der L5I für ihre Standpunkte kämpfen, wenn sie den Rahmen des demokratischen Zentralismus akzeptiert, d.h. Akzeptanz der Mehrheitsbeschlüsse, Geschlossenheit nach außen bei gleichzeitiger freien Diskussionen nach innen.

IRevo ging und geht einen anderen Weg, sie akzeptieren keine ihnen nicht gefälligen Mehrheitsbeschlüsse, verleumden ihre ehemalige „Mutterorganisation“ GAM, ebenso wie alle Mitglieder von REVOLUTION, die nicht ihre Meinung teilen.

Aufgrund dieser Ereignisse befinden wir uns seit September 2006 im Neuaufbau von REVOLUTION-Deutschland. Der Berliner Schülerstreik am 13.9 mit mehr als 7000 Schülern war ein Ausgangspunkt für den Neuaufbau unserer Sektion. Seitdem haben wir zur Privatisierung von Bildung (Uni), öffentlicher Einrichtungen (Stadtwerke) und zur Jugendarbeitslosigkeit und Sozialabbau gearbeitet und versucht neue GenossenInnen für REVOLUTION zu gewinnen.

Als Resultat haben wir nun drei Ortsgruppen aufgebaut, erste theoretische Schulungen gemacht und uns aktiv in die Jugendproteste unserer Städte eingeschaltet. Im nächsten Jahr geht es darum unsere Strukturen zu festigen,

unserer revolutionäre Programmatik zu vermitteln und neue MitstreiterInnen zu gewinnen.

Wohin wir gehen:

Die Anti G8 Mobilisierung und die Konstituierung des NLO (Netzwerk Linke Opposition) gibt uns als kommunistische kämpferische Jugendorganisation viele Möglichkeiten zur Agitation und zur Rekrutierung radikaler Jugendlicher. Diese Aufgaben wollen wir nach den Prinzipien von Revolution gemeinsam mit unseren internationalen Genossen und unseren Verbündeten der GAM und der L5I angehen. Die Aufgabe eine kämpferische Jugendorganisation aufzubauen geht einher mit dem Ziel eine neue antikapitalistische Arbeiterpartei zu formieren. Wir wollen keine isolierten antikapitalistischen Proteste, glauben an die Notwendigkeit der Bündelung und Zusammenführung aller Unterdrückten im bürgerlichen System. Dort, in den Kämpfen der Ausgebeuteten wollen wir als RevolutionärInnen auftreten, unser Programm vermitteln und somit einen aktiven Beitrag zum revolutionären Bewusstsein leisten. Nur in den Kämpfen beweist sich das revolutionäre Programm, beweist sich der Marxismus-Leninismus und kann das Übergangsprogramm Trotzkis angewendet werden.

Dafür brauchen wir eine Organisation, die einheitliche Praxis uafd Grundlage des revolutionären Programms ermöglicht. Dafür brauchen wir eine leninistische Kampforganisation und den demokratischen Zentralismus.

Wir wollen durch unser kommunistisches Programm und Agitation auffallen und nicht durch nett gestaltete Medienformate oder Zeitungen – der wissenschaftliche Sozialismus, die revolutionäre Analyse und Taktik von REVOLUTION, GAM und L5I muss unsere politische Praxis bestimmen.

Gegen jeden kleinbürgerlichen Subjektivismus und die Anpasslerei an Bürokraten und Reformisten ist unsere politische Arbeit gerichtet. Gemeinsam mit revolutionären und antiimperialistischen Kräften wollen wir beim G8 Gipfel einen kämpferischen Jugendblock bilden, wollen den versammelten reformistischen Politikfassaden nicht nur unseren Protest zeigen, sondern dem globalen Imperialismus den Krieg erklären.

In der bürgerlichen Gesellschaft war und ist die Jugend eine dynamische kämpferische Kraft, noch nicht verseucht von reformistischen Illusionen ist die Jugend zum Kampf gegen den Kapitalismus und die Angriffe des Staates bereit, dies hat das Jahr 2006 auch in Europa wieder bewiesen.

Als kommunistische Jugendorganisation kämpfen wir heute für unsere Zukunft, all die Angriffe auf die Sozialsysteme, auf die Arbeitsrechte und der imperialistische Angriff auf die ausgebeuteten Staaten der Welt werden unser Leben bestimmen. Daher müssen wir heute für den Aufbau einer neuen JUGENDINTERNATIONALE kämpfen, müssen heute Verbündete für den revolutionären Kampf finden.

Gemeinsam mit der Arbeiterbewegung wollen wir den Weg zu einer neuen, der 5.INTERNATIONALE gehen – wollen dem globalen Imperialismus eine globale revolutionäre Antwort geben.

Gegen das EU-Imperium!!!

Artikel anlässlich der EU-Verfassung 2005

Nach dem Irak-Krieg und der neu erstarkten Anti-Kriegsbewegung glaubten und glauben bis heute viele AktivistInnen und auch viele Linke, Europa könnte ein friedlicher und sozialer Gegenpol zu den USA werden. Die scheinbaren Anti-Kriegspositionen von Frankreich und Deutschland haben hierbei viele getäuscht. Die wahren Gründe für die Ablehnung des Krieges von Frankreich und Deutschland waren die Gefährdung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen im Irak – deutsche und französische Konzerne mussten im Laufe des Krieges bedeutende Investitionen an ihre amerikanischen Konkurennten abgeben. Die EU wird nicht gebildet, um Frieden und soziale Sicherheit zu schaffen, sondern das Gegenteil. 1999 trafen sich die Regierungschef der EU in Lissabon und riefen den sogenannten Lissabon-Prozess ins Leben. Sein ehrgeiziges Ziel: die EU bis

2010 zur stärksten Wirschaftsregion der Welt zu machen. Die neue EU-Kommission hat nun festgestellt, dass die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des Prozesses zu langsam waren und das Ziel bis 2010 deshalb nicht erreicht werden kann. Der Kurs muss daher noch verstärkt werden: Flachrasur aller sozialstaatlichen Leistungen, radikale Senkung der Sozialausgaben, Abschaffung aller Schutzregelungen zu Gunsten der ArbeiterInnen und beste Bedingungen für Unternehmen weltweit. In der BRD kennen wir das unter dem Namen „Agenda 2010“. Gleichzeitig soll eine weltweit einsetzbaren EU-Armee mit neuester Technik geschaffen werden. Der Kurs der EU ist klar: man will zur imperialistischen Supermacht aufsteigen. Diese Absicht soll nun durch das wichtigste Projekt gestärkt werden: eine gemeinsame Verfassung.

Dieses Europa wird nicht ein friedlicher Gegenpol zur USA werden, sondern der direkte imperialistische Konkurrent! Dieses Europa wird zu der weltweiten Ungerechtigkeit und Ungleichheit beitragen! Dieses Europa wird neue Kriege schüren anstatt sie zu verhindern! Dieses Europa stützt sich auf das Wirtschaftssystem, dass die Probleme dieser Welt verursacht: der Kapitalismus.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!!!

Schon vor 90 Jahren, im Laufe des ersten Weltkrieges, schrieb der russische Revolutionär W.I. Lenin: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus … sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“

Diese Aussage hat sich als doppelt richtig erwiesen: dass die europäischen Kapitalisten unmöglich Europa vereinigen können, zeigte sich durch zwei Weltkriege, in denen 10 Millionen Menschen gestorben sind, um die konkurrienden Interessen der europäischen Mächte durchzusetzen. Jetzt sehen wir die reaktionäre, kapitalistische Vereinigung Europas. Eine Vereinigung, die die Verschlechterungen für die Massen und Aufrüstung für künftige Kriege beinhaltet.

Diesem Modell des EU-Imperiums setzen wir ein anderes entgegen: die

Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Der Kapitalismus erweist sich als unfähig, Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Krieg zu lösen. Vielmehr noch: er bringt sie selbst hervor und lebt von ihnen! Der Kapitalismus hat weltweit ein System extremer Ungerechtigkeit geschaffen. Um diese Probleme zu lösen, brauchen wir keinen neuen imperialistischen Block, der diese Probleme noch verschärft, sondern ein anderes Wirtschaftssystem. Deshalb müssen sich die ArbeiterInnen international gegen den Kapitalismus zur Wehr setzen und ihn durch eine sozialistische Revolution stürzen. Wir treten für ein sozialistisches Europa ein, gestützt auf demokratische Arbeiterräte, in dem die ArbeiterInnen selbst bestimmen, was wie und zu welchem Zweck produziert wird. Ein bessere Welt ist nicht nur möglich, sondern auch dringend nötig! Deshalb engagieren wir uns für den Aufbau einer internationalen Jugendorganisation, die sich auf ein revolutionäres Manifest stützt und sich konsequent für den Aufbau einer neuen Gesellschaft einsetzt: WORLD REVOLUTION.

Warum ist die EU-Verfassung so scheisse?

Undemokratisch

Um im globalen Kapitalismus mithalten zu können, muss der Staatsapparat der EU natürlich auch „effizienter“ werden. Dabei steht zu viel Demokratie nur im Weg. Wenn es darum geht, den europäischen Arbeitsmarkt zu liberalisieren, Lohndumping voran zu treiben und Kriege aus wirtschaftlichen Gründen zu führen sind schnelle Entscheidungen notwendig. Deshalb entscheiden in der Union auch Experten, wie der Ex-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein oder Aussenhandelskommissar Pascal Lamy. Das diese Experten meistens standhafte Vertreter von Marktöffnung, Lohndumping und Sozialabbau sind, entspricht „natürlich“ dem Willen des Volkes. Zwar wirft sich die EU-Verfassung am Anfang mit Worten wie Demokratie und Bürgernähe um sich, doch schreibt sie gleichzeitig fest, dass die zentralen Fragen der Europäischen Union entweder nur vom Ministerrat oder von der EU-Kommission entschieden werden dürfen. Diese Gremien werden nicht direkt gewählt, sondern von den nationalen Regierungen bestimmt. Das direkt gewählte Parlament hat die wenigsten Befüngnisse – die Abgeordneten dürfen nicht mal einige Anträge einbringen, sondern beraten lediglich die

Anträge von der Kommission oder Ministerrat. Kein Wunder, dass bei den Wahlen zum EU-Parlament nur 40% der Wähler teilnehmen, in manchen Ländern weniger als 20%! Die wichtigen Gremien sind von einem massiven Lobbyapparat der Wirtschaft und Industrie umgeben, der versichert, dass die EU-Politik den Wirtschaftsinteressen entspricht. Der Europäische Runde Tisch ERT und der europäische Arbeitgeberverband UNICE sind die wichtigsten Lobbymaschinen, die in Brüssel ein- und ausgehen. Große Konzerne wie Siemens oder BP geben jährlich Millionen dafür aus, extra Leute nach Brüssel zu schicken, um ihre Interessen durchzusetzen. Das Ergebnis ist klar: das Kapital bestimmt die Politik und der einfache Bürger hat nicht den geringsten Einfluss.

Facts

Die EU, und damit ihre Lobby um Ministerrat und Kommission, bekommt durch die Verfassung weit reichende Macht, z.B. über Sozialpolitik:

Art.14, Absatz 4: „Die Union kann Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten ergreifen."

Über Einsätze der EU-Armee entscheidet nicht das Parlament, sondern der Ministerrat:

Art. I-40, Absatz 4: „Beschlüsse zur Durchführung der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik …..werden vom Ministerrat einstimmig auf Vorschlag des Aussenministers der Union oder eines Mitgliedsstaates erlassen."

Neoliberal und anti-sozial

Zur Umsetzung des Lissabon-Prozesses gehört auch insbesondere der europaweite Umbau der Mitgliedsstaaten auf neoliberalen Kurs. Das bedeutet: radikale Kürzung der Sozialausgaben und sozialer Leistungen und europaweiter Arbeitsmarkt unter möglichst wenig Sicherheiten der ArbeiterInnen in bezug auf Arbeitszeiten, bezahlten Urlaub, Krankenstand usw.. Es soll nach Kommissionspräsident Barroso ein „möglichst unternehmerfreundliches Klima" geschaffen werden. Das Kapital verwirklicht damit seine größten Ambitionen: möglichst leichter Zugang zu möglichst

vielen, möglichst billigen jedoch gut ausgebildeten Arbeitskräften. Durch den europäischen Binnenmarkt kann das Kapital seine Ausbeutungsrate enorm erhöhen. Auch die Absenkung des Arbeitslosengeldes dient diesem Zweck. Arbeitslose werden gezwungen sein, jede Arbeit zu auch noch so miesen Bedingungen anzunehmen. Dadurch werden die ArbeiterInnen enorm unter Druck gesetzt. Wenn sie nicht billiger und länger arbeiten, werden sie einfach ersetzt. Somit wird europaweit dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Doch zum Neoliberalismus gehört auch die Öffnung sämtlicher Bereiche, die dem Kapital noch verschlossen sind. Öffentliche Versorgung wie etwa Gesundheit, Bildung oder Wasser sollen für den freien Markt geöffnet werden. Die sogenannte Bolkestein-Richtlinie, ein Papier von Ex-EU-Kommissar Fritz Bolkestein, sieht den europaweiten Markt für Dienstleistungen vor. Dabei soll für jeden Anbieter die Regelung des Herkunftslandes gelten, d.h. die Mitgliedsstaaten konkurrieren direkt um niedrigere Löhne und Sozialstandards.

Z.B. könnte eine deutsche Baufirma eine Filiale in der Slowakei öffnen, alle ArbeiterInnen in Deutschland entlassen und neue zu slowakischen Bedingungen einstellen.

Facts

Lohndumping im Dienstleistungsbereich wird durch die Verfassung ermöglicht:

Art. III-29: „Beschränkungen des Dienstleistungsverkehr innerhalb der Union sind verboten."

Die Verfassung schreibt den Kapitalismus als Wirtschaftssystem fest:

Art. III-69, Absatz 1: „Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union ist dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet."

Militaristisch

Die Bildung einer EU-Armee und einer „gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik“ spielt in der gesamten EU eine besondere Rolle. Der deutsche Außenminister Fischer betonte deshalb auch bei einer Rede Ende 2003 in den USA, dass Europa unter einer „militärischen Schwäche“ leide, „gewiss modernisierte und gestärkte militärische Fähigkeiten“ bräuchte und sich zu „politischer Entschlossenheit und militärischer Fähigkeit“ verpflichte. Um im Kapitalismus beim Kampf um weltweite Märkte und Ressourcen ganz oben mitzuspielen braucht man auch die militärische Fähigkeit, seine Interessen durchzusetzen. Der Irak-Krieg war sicherlich eines der besten Anschauungsbeispiele in dieser Hinsicht. Die letzten Ecken dieser Erde, die noch nicht durch und durch „vermarktwirtschaftet“ sind, müssen notfalls mit Gewalt geöffnet werden, wenn der politische (UNO) und wirtschaftliche (IWF, WTO, WB) Druck nicht ausreicht. Natürlich spielen Menschenrechte dabei nur eine Nebenrolle, sind aber ein sehr willkommener medienwirksamer Grund für die Rechtfertigung globaler imperialistischer Gewalt und Aufrüstung. Und „last but not least“ sind Rüstungsausgaben auch ein Dauergarant für Profite. Deshalb dürfte sich die EU-Rüstungsindustrie, z.B. Daimler-Tochter EADS sehr über die EU-Verfassung freuen.

Facts

Die Aufrüstung wird in der Verfassung festgeschrieben:

Art. I-40, Absatz 3: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“

Es wird ein extra Amt auf europäischer Ebene durch die Verfassung festgeschrieben, dass die Aufrüstung überwachen und durchsetzen soll:

Art. I-40, Absatz 3: „Es wird ein europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet.“

Kritik an Entscheidungen der Union wird verfassungswidrig:

Art. I-15, Absatz 2: „Die Mitgliedsstaaten unterstützen die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität."

Großmachtpolitik

Die gesamte Politik zur Bildung der EU war von Anfang an ein wirtschaftliches Projekt. Wie die Lissabon-Strategie ja auch schamlos ausspricht, will die EU mit der USA als Supermacht konkurrieren. Um im Kapitalismus Supermacht zu sein, muss man die ArbeiterInnen sowohl im eigenen Territorium als auch außerhalb verstärkt ausbeuten. Dieses Vorhaben bestimmt auch die EU-Aussenpolitik. Bei der Ministerkonferenz der WTO in Cancun, Mexico 2003 machte die EU besonders deutlich, worum es ihr bei der weltweiten Handelspolitik geht. Sie bestand darauf, die sog. „Singapur Issues" auf jeden Fall in die neue Verhandlungsrunde aufzunehmen. Diese Singapur Issues enthalten besonders imperialistische Forderungen, wie z.B. den Schutz von geistigem Eigentum, also Patentrechte weltweit oder den Schutz ausländischer Investitionen. Damit wollen die Konzerne erzwingen, daß ihr Monopol auf bestimmte Forschungsergebnisse weltweit anerkannt wird und niemand diese Ergebnisse benützen darf (was z.B. in der Medizin katastrophale Folgen hätte). Das diese Forderungen also vor allem dem Weltkapital in Form großer Konzerne nützen, liegt auf der Hand. Die leidtragenden dabei sind die sogenannten 3.Welt-Staaten, genauer gesagt die ArbeiterInnenklasse dieser Halbkolonien. Um diese imperialistische Großmachtpolitik in Zukunft noch entschlossener und tatkräftiger durchsetzen und ausführen zu können, ist eine gemeinsam koordinierte Politik, gemeinsame Gremien und eine Art Statut zur Festsetzung dieser Vorhaben notwendig: die EU-Verfassung. Mit der Verfassung stärkt die EU ihre Position als weltweiter Wirtschaftsstandort. Als imperialistische Großmacht lässt sich bekanntlich besser und verstärkt Druck auf den Rest der Welt ausüben. Die Handels- und Aussenpolitik der EU wird von der verstärkten Ausbeutung der Halbkolonien geprägt sein.

Facts

Über die Handelspolitik entscheidet zukünftig die Union und damit weitgehend der Aussenhandelskommissar:

Art. I-12, Abs.1: „Die Union hat ausschließliche Zuständigkeit ….. über die gemeinsame Handelspolitik."

Die Verfassung setzt die EU auf eine neoliberale Strategie fest, damit EU-Konzerne noch verstärkt ArbeiterInnen sowie in Europa selbst als auch vor allem in der 3.Welt ausbeuten können:

Art. III-216: „Die Union beabsichtigt zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen ….. beizutragen."

Genosse Homer Simpson

2003-08-30

Unsere Generation ist die radikalste seit Jahrzehnten. Hunderttausende militante Jugendliche auf der ganzen Welt kämpfen gegen die Herrschaft des Kapitalismus: in Seattle, Prag, Genua, Jakarta, Buenos Aires, Genf, und nicht zuletzt in Berlin.
Das ist zum größten Teil den Simpsons zu verdanken.
Genosse Simpson ist einer der besten kommunistischen Agitatoren der Geschichte. Jeden Tag um 19.00 Uhr erzählt uns der rote Homer vom gnadenlosen Kampf der ArbeiterInnen gegen Ausbeutung und von der glorreichen sozialistischen Gesellschaft der Zukunft.
Wie könnte man sonst die Darstellung der Kapitalistenklasse bei den Simpsons erklären? Mr. Burns ist nicht gerade ein Lob an die Großherzigkeit

der Großunternehmer. Er ist alt, verkrüppelt, ohne Freunde, durch und durch böse. Wie jeder Kapitalist ist er bereit, Süßigkeiten von einem Baby zu klauen und die Sonne zu verdunkeln, wenn es um Profite handelt.
Homers zwei beste Freunde heißen Lenny und Carl.
Meint man damit Wladimir Lenin und Karl Marx?
Im Jahr 1990 hatten die Simpsons einen Schüler aus Albanien zu Gast. Der junge Adil Hoxha (nach dem stalinistischen Diktator Albaniens Enver Hoxha benannt) zeigte ein klares marxistisches Verständnis der Gesellschaft. Zum Beispiel sagt er zu Marge: "Ich werde abwaschen. Sie sind heute schon genug ausgebeutet worden." Marge wird tagtäglich zur Hausarbeit gezwungen, weil sie als Frau vom kapitalistischen Patriarchat unterdrückt wird – doch die beiden Simpsons-Kinder haben das nie bereut.
Als die allesbesserwissende Linksliberale Lisa die "Freiheiten" der USA zu erklären versucht, bemerkt Adil richtig, dass diese Freiheiten bedeutungslos sind, wenn sich 95% des gesellschaftlichen Reichtums in Händen von nur 5% der Menschen befinden. Um den Streit zu beenden, erklärt Homer die wahre Natur des freien Marktes: Die Maschinerie des Kapitalismus wird mit dem Blut der Arbeiter geölt!
Könnte Homer Simpson Kommunist sein? Sein Vater sagt:Mein Homer ist kein Kommunist. Er ist vielleicht ein Lügner, ein Schwein, ein Idiot, ein Kommunist, aber er ist ganz bestimmt kein Pornostar! Aber in einer anderen Folge entdeckt Homers Vater, dass er selbst ein Parteibuch der KP besitzt!
Homers wichtigster Kampf war sein Auftritt als Gewerkschaftler. Mr. Burns will den ArbeiterInnen des Springfielder Kraftwerks ihre Zahnversicherung entziehen. Die Gewerkschaft ist korrupt und der ehemalige Vorsitzende, der eine kämpferische Reorganisierung versprochen hatte, liegt tot unter dem Rasen eines Fußballstadiums.
Homer ist zuerst begeistert von Burns Angebot: ein Bierfass statt der Versicherung. Doch bald erkennt er, dass die ArbeiterInnen kämpfen müssen, um ihre sozialen Erregungschaften zu verteidigen – die Versicherung besitzen sie nur als Resultat eines erfolgreichen Streiks in den 80er Jahren. Das alles erklärt Homer seinen Genossen. Er wird zum neuen Vorsitzenden gewählt und ruft den Streik aus!
Mr. Burns erinnert sich mit Freude an das Fabrikleben im Jahr 1909 als es noch keine Gewerkschaften gab, wo man jederzeit einen Arbeiter entlassen,

verprügeln, oder töten konnte. Doch jetzt ist es anders: die Streikenden halten zusammen, Streikbruchsversuche sind nutzlos und Mr. Burns und Mr. Smithers können das Kraftwerk nicht alleine in Gang halten.
Die Streikenden bilden einen riesigen Kreis vor dem Eingangstor und singen die ewige Wahrheit der Arbeiterbewegung:
Sie haben das Kraftwerk,
aber wir haben die Kraft!
Das sind nur einige der unzähligen Beispiele der revolutionären Propaganda bei den Simpsons. Neben den Werken von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg und anderen großen RevolutionärInnen dienen die Werke von Genosse Homer als Inspiration auf dem Weg zum Sozialismus.
Comrade Lenin even showed up! In a new episode the Soviet Union is spontaneously brought back to life. Lenin’s preserved corpse opens its eyes, punches through the glass of the coffin, and leaves the mausoleum like a Frankenstein monster: Must…destroy…capitalism! Grrr. If only that would happen in real life!
von Wladek, Revo Berlin, 30. August 2003